

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

2014194/1

Dezernat: <b>Dezernat 6</b>	aktuelles Gremium <b>Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss</b>	Sitzung am: <b>19.11.2014</b> TOP: <b>2.18</b>
Amt: <b>Amt 60</b>	öffentlich <b>ja</b>	Vorlagen-Nr.: <b>2014194/1</b>
	Az.:	erstellt am: <b>21.10.2014</b>

### Betreff

**Errichtung einer Leichtbauhalle in Köthen (Anhalt),  
Maxdorfer Straße 51 a**

### Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	19.11.2014: Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss	19.11.2014	laut BV

### Mitzeichnungspflicht

Person	Unterschrift	Datum
Frau Rauer		21.10.2014

### Beschlussentwurf

Der Bau-, Sanierungs- und Umweltausschuss beschließt, dem Vorhaben „Errichtung Leichtbauhalle“ am Standort Maxdorfer Straße 51 a in Köthen (Anhalt) entsprechend § 35 BauGB planungsrechtlich zuzustimmen.

### Gesetzliche Grundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB)



## **Darlegung des Sachverhalts / Begründung**

Derzeit liegt dem Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt der Stadt Köthen (Anhalt) der Bauantrag zur Errichtung einer Leichtbauhalle auf dem Flurstück 5/2 der Flur 8 in der Gemarkung Köthen (Maxdorfer Straße 51 a) u. a. zur planungsrechtlichen Beurteilung vor.

Laut Antragsunterlagen beabsichtigt der Bauherr im Rahmen seines an dem genannten Standort vorhandenen Unternehmens (mediterrane Gärtnerei, Verkauf, Pflanzenlagerung, Schank- und Speisewirtschaft) halbjährig wiederkehrend die temporäre Errichtung einer Leichtbauhalle für die Wintermonate Oktober bis März. Diese Leichtbauhalle (Grundfläche 21,00 m x 8,00 m; Firsthöhe 4,50 m) soll nördlich an den bestehenden Gewerbebetrieb angebaut werden. Hintergrund dieses Vorhabens ist die für den benannten Zeitraum bessere Möglichkeit der Lagerung, des Versands und der Ausstellung der angebotenen Waren (gärtnerische Erzeugnisse, Einrichtungsgegenstände). So sind 25% der Fläche für den Verkauf und Versand vorgesehen. Die übrigen 75% sollen als Ausstellungsfläche dienen.

Das Vorhaben befindet sich im Außenbereich und ist dementsprechend als Erweiterung eines Gewerbebetriebes nach den Vorschriften des § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen.

Hiernach wäre die Errichtung der Leichtbauhalle zulässig, wenn dem Vorhaben keine öffentlichen Belange entgegenstehen und die Erschließung gesichert ist.

Nach § 35 Abs. 3 BauGB liegen insbesondere dann Beeinträchtigungen öffentlicher Belange vor, wenn durch das Vorhaben den Darstellungen eines Flächennutzungs-, Landschafts- oder sonstigen Planes widersprochen wird, schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden könnten, eine Verunstaltung des Landschaftsbildes erfolgt, die Wasserwirtschaft gefährdet wird oder die Entstehung bzw. Verfestigung oder Erweiterung einer Splittersiedlung zu befürchten ist.

Da es sich im vorliegenden Fall um die Erweiterung eines zulässigerweise errichteten Gewerbebetriebes handelt, kann dem Vorhaben entsprechend § 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB nicht vorgehalten werden, es beeinträchtige die öffentlichen Belange

- Flächennutzungsplan,
- Landschaftsplan,
- Eigenart der Landschaft und
- Splittersiedlung.

Eine Beeinträchtigung sonstiger in § 35 Abs. 3 BauGB genannter öffentlicher Belange ist nicht ersichtlich.

Die ausreichende Erschließung des Vorhabens ist gesichert.

Da somit die temporäre Aufstellung der Leichtbauhalle als sonstiges Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB planungsrechtlich zulässig ist, ist dem Bauantrag zuzustimmen.





**2014194\_Anlage 1.pdf**



**2014194\_Anlage 2.pdf**



**2014194\_Anlage 3.pdf**